

Menschen- und Völkerrechtsbruch in Griechenland

Von Doro Blancke

Angesichts unserer täglichen Arbeit in Griechenland, speziell auf Lesbos, ist es uns ein dringendes Anliegen über die Völkerrechts- und massiven Menschenrechtsverletzungen zu sprechen. Die visionslose und grausame Abschreckungspolitik der EU nimmt vor Ort Dimensionen an, die kaum mehr zu ertragen sind. Die Türkei – das ist wichtig zu wissen – ist längst kein sicheres Drittland für Geflüchtete. Menschen auf der Flucht werden dort verhaftet, werden ausgebeutet. Auch die polizeiliche Gewalt gegen Geflüchtete nimmt massiv zu, Abschiebungen nach Afghanistan gehören mittlerweile zum Alltag.

Des Nachts versuchen kleinere Gruppen von Geflüchteten in meist desolaten Booten, die so nah erscheinenden griechischen Inseln, die EU zu erreichen. Etliche von ihnen werden bereits am Meer von der griechischen Küstenwache abgefangen, indem die Küstenwache die Boote umkreist und so große Wasserbewegungen auslöst. Die Menschen weinen und schreien, bangen um ihr Leben. Derart zurückgedrängt in die türkischen Gewässer, wird die türkische Küstenwache informiert, um die Leute abzuholen. Manche wandern danach in türkische Gefängnisse. Sexuelle Übergriffe, Folter und andere Grausamkeiten sind keine Seltenheit. Wer die Insel erreicht, versteckt sich sofort im unwegsamen Gelände, klettert (mit Kindern) an den gefährlichen Wegen der Steilküste hoch, um sich dann in praller Hitze vor den Behörden zu verstecken. Die

Angst, gefunden und in die Türkei zurück gebracht zu werden, ist groß. Dies führt zu unfassbar traurigen Ereignissen. So verstarb vor einigen Tagen auf der Insel Chios eine flüchtende Frau unter Büschen. Kein Wasser, keine Nahrung, die enorme physische und psychische Belastung ließen sie ohne med. Versorgung ins Koma fallen. Sie wurde nur noch tot aufgefunden.

Wenn europäische Innenminister*innen – zurzeit beinahe täglich – Schlepper für das Unglück von Menschen auf der Flucht verantwortlich machen, dann muss man* aussprechen, dass es der europäische Grenzschutz ist, der tötet, und Europa diese massiven Menschenrechtsverletzungen zu verantworten hat. Es gibt keine legalen Fluchtwege, kein Botschaftsasyl, keine Resettlement-Programme, usw. Die Europäische Union ist es, die diese Todespolitik vorantreibt – eine Menschenjagd, legitimiert durch die europäischen Behörden.

Wenn die Behörden auf Lesbos und allen anderen griechischen Inseln erfahren, dass es Neuankömmlinge gibt, werden Suchtrupps ausgesandt: Beamte in Sturmhauben, bewaffnet, unterwegs in Autos ohne Kennzeichen, deren Perversion bereits so weit gewachsen ist, dass sie jedes Empfinden für Recht und Unrecht verloren haben. Werden die Schutzsuchenden dann von diesen Schlägertrupps gefunden, werden sie in Busse/Vans verfrachtet. Man sagt ihnen zuweilen, man bringe sie jetzt zu einer Registrierungsstelle. Das entspricht selten der Wahrheit, denn man



www.doroblancke.at
 Flüchtlingshilfe/
 refugee assistance-
 doro blancke AT93
 3842 0000 0002 7516

transportiert sie an geheime Orte und schließt sie in Containern ein. Familien, Frauen, Männer, Kinder, Alleinreisende. Ohne Wasser, ohne Nahrung. Immer öfter passiert es, dass sich Menschen, egal ob Mann oder Frau, entkleiden müssen. Sie werden all ihrer persönlichen Sachen beraubt, Schmuck, Geld, Mobiltelefone, Dokumente, usw. Auch sexuelle Übergriffe und Körperverletzungen durch Prügel finden statt. Würde man* diese Verbrechen nach europäischem Recht beim Namen nennen, würden wir von Kidnapping, Raub, sexuellen Übergriffen, Missbrauch, schwerer Körperverletzung sprechen. All das widerfährt Menschen, die von den griechischen Behörden gefunden und nachts einem Push-Back, einer illegalen Rückführung in die Türkei ausgeliefert werden. In der Morgendämmerung holen sie die Geflüchteten aus den Containern und verfrachten sie auf sogenannte Rettungsinseln – kleine Plastikkörbe, die auch nur einmal benutzt werden können. Darauf werden sie aufs offene Meer, zurück in türkische Gewässer gebracht.

Wie viele Menschen werden widerrechtlich zurückgeschoben und misshandelt? Diese Frage ist dringend zu klären. Jeder Push-Back stellt ein massives Verbrechen dar.

Wenn NGOs auf Lesbos die Meldung von Neuankömmlingen erhalten, gibt es einige wenige, die versuchen, sie zu finden, um sofort den offiziellen Prozess der Registrierung einzuleiten. Dies ist auch für die

Aktivist*innen nicht ungefährlich. Die griechischen Behörden versuchen, sie zu kriminalisieren oder sogar wegen Schlepperei anzuklagen. Es wurden Helfer*innen verhaftet, weil sie Neugelandeten bei 36 Grad im Schatten Wasser und Verpflegung brachten.

Trotz schöner Worte einzelner Politiker*innen und der Androhungen von Verfahren gegen Griechenland, sehen alle anderen bewusst hin und sind dankbar, dass man sich nicht weiter mit dem Thema auseinandersetzen muss, wenn Griechenland die schmutzige und unrechte Arbeit erledigt. Einige Innenminister*innen der EU-Mitgliedstaaten – allen voran Innenminister Karner – sind sich einig: „Wir brauchen noch robusteren Außengrenzschutz“. „Koste es was es wolle“, sagt man nicht dazu. Man unterstützt diese Verbrechen v.a. durch bekräftigendes Schweigen oder durch Finanzierungen in Millionenhöhe.

Wir fordern die Europäische Kommission, die Kommissarin für Menschenrechte und die Mitglieder des Europäischen Parlaments dazu auf, diese Verbrechen – mit denen sie auf Europa eine schwere Schuld laden – sofort zu stoppen. Was an den Europäischen Außengrenzen passiert, ist mit nichts zu rechtfertigen und gehört sofort beendet. Wir bitten auch alle Kolleg*innen aus NGOs und der Zivilgesellschaft, keinen Augenblick lang diese Verrohung zu akzeptieren!

Wer unsere Arbeit in Österreich und in Griechenland für Menschen auf der Flucht unterstützen möchte, dem danken wir sehr herzlich.